

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

152 (3.7.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-454444](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-454444)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementpreis für einen Monat 31.75 Mark, dazu 3.25 Mark Beleglohn, bei Abholen von der Expedition 32.50 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 105.00 Mark, monatlich 35.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Bei den Inseraten wird die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen - Wilhelmshaven und Umgebung mit 120 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 2.00 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Einzeln im Reklameteil die Millimeterzeile 7.00 Mark

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rühringen, Montag, 3. Juli 1922 * Nr. 152

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Helfferich, Lubendorf und die Mörder.

Dem amtlichen preussischen Pressedienst entnehmen wir folgendes: In der Korrespondenz der „Deutschen Volkszeitung“ und in einer Anzahl rechtslebender Blätter werden gegen den amtlichen preussischen Pressedienst heftige Angriffe auf Grund seiner Berichterstattung über die Verhaftung des cand. jur. Günther gerichtet. In dieser Angelegenheit ist folgendes zu erklären: Der angegriffene, aber scheinbar in den Blättern nicht genau gelesene Passus des amtlichen preussischen Pressedienstes lautet: „Am Besitze des Günther, der sich, wie oben erwähnt, auf seine nähere Bekanntschaft mit führenden rechtslebenden Persönlichkeiten bezog, ist eine Reihe von Briefen gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß Günther in gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der deutschen nationalen Volkspartei gestanden hat. So wurden Briefe von Helfferich, Lubendorf, Jagow, Westarp gefunden.“

Den amtlichen preussischen Pressedienst könnte demnach ein Verstoß nur treffen, wenn diese gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu den namentlich genannten Herren nicht bestanden. Herr Helfferich hat als Anlage zu seinem durch die deutsche nationale Partei-Korrespondenz veröffentlichten Schreiben Günther einen Fahnenweisspruch geschickt, der (eigenhändig geschrieben) lautet:

Fahnenweisspruch
Wahne an die Vergangenheit
Wache über der Gegenwart!
Bereite die Zukunft!

Berlin, 22. März 1922, am 125. Geburtstag des großen Kaisers.

Dr. Helfferich, Staatsminister, Mitglied des Reichstages.

Wenn ein Staatsminister a. D. und früher einer politischen Partei in exponierter Stellung dem Reichstagsmitglied eines deutschen Jugendvereins einen politischen Fahnenweisspruch aufsendet, der ersichtlich politische Wirkungen auslösen soll, so stellt das politische Vergehen dar.

Herr von Jagow hat sich in einer Korrespondenz mit Günther befunden, von der zwei eigenhändig geschriebene Briefe in der Zeitung „Volkswacht“ abgedruckt sind. Es handelt sich hier nicht nur um die Vermutung, sondern darüber hinaus um die Einladung an Günther, ihn zu Ostern in Gollnow zu besuchen. Herr von Jagow, der ausdrücklich bemerkt, daß Briefe nicht kontrolliert werden, erklärt sich noch bereit, zu diesem Zweck Günther, der im Wahrschloß harrten, das Gollnow zu bejahren. Das kann nur als gesellschaftliche Begegnung bezeichnet werden und da nicht anzunehmen ist, daß Herr von Jagow mit dem 21jährigen Reichstagsmitglied eines deutschen Jugendvereins über andere Dinge als die diesen und ihn interessierenden politischen Fragen sprechen wollte, dürfte wohl über das Gesellschaftliche hinaus auch noch der Begriff der politischen Beziehungen zu treffen. Daß dies nicht nur Kombination des amtlichen preussischen Pressedienstes ist, davon zeugt die Tatsache, daß Günther, der in der Zeit nach dem Besuch Jagows in Gollnow gewesen ist, von Herrn von Jagow nach Wandsbeck geschickt worden ist, um dort in der Angelegenheit der Wiederaufnahme seines Schwerverurteilens für ihn zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit hat Günther in Wandsbeck auch mehrfach mit General Lubendorf gesprochen. Es handelte sich also hier um politische Kurierdienste. Graf Westarp hat Günther für die Ortsgruppe Samsa des deutschen nationalen Jugendbundes ebenfalls einen Fahnenweisspruch für die „Junge der Arbeiter“ überandt. Bei einem Politiker vom Range des Grafen Westarp wird man einen solchen Akt, in dem er in kurzer heute hochpolitisch genordeten Frage an die Jugend einer politischen Partei appelliert, nur politisch werten können.

General Lubendorf hat Günther einen eigenhändig geschriebenen Fahnenweisspruch geschickt:

„Diese Frage wehete über Helten, deutsche Jugend, werdet folge.“

Dem Fahnenweisspruch lag ein eigenhändiges Begleitschreiben Lubendorfs bei mit der Adresse: „Lieber Günther!“ und mit dem Schlusswort: „Mit herzlichem Gruß!“ Auch die gemessene Art des Briefes wird nicht annehmen lassen, daß ein so viel mit Witten um Briefe beschämter General wie Lubendorf an einen 21jährigen cand. jur. in diesem Tone und eigenhändig schreiben wird, wenn nicht politische oder gesellschaftliche Beziehungen bereits bestanden. Die Annahme von dem Bestehen von zum mindesten gesellschaftlichen Beziehungen wird durch eine weitere eigenhändig offene Postkarte Lubendorfs aus Wandsbeck an Günther bestätigt, in der er ihm seinen Dank für Wandsbeck ausdrückt, die er erwandert. Die politischen Beziehungen sind bereits oben gestreift worden.

Die Annahme für das Bestehen weitreichender gesellschaftlicher Beziehungen (auf die sich, wie immer wieder hervorzuheben werden muß, Günther ja auch selbst bei seiner Vernehmung bezieht), erhält im übrigen auch dadurch noch eine Stütze, daß, wie in der Verhaftung einer inzwischen erschienenen privaten Korrespondenz mitgeteilt werden kann, Günther eine Art Plaus-Entscheidungs schreiben des früheren Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Erzogens von Günther, beiflag, das ihm die Anbahnung gesellschaftlicher Beziehungen in angelegenen deutsch-nationalen Kreisen sehr erleichtern sollte. Dieses Schreiben lautet:

Die Familie des Herrn Leunant v. R. a. D. Wilhelm Günther ist meiner Frau und mit seit Jahrzehnten wohlbekannt. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn er freundlich aufgenommen würde.

Breslau, Hohenzollernstraße 68, 1. Et., den 16. August 1921.

v. Günther, Oberpräsident a. D.
Wettlicher Geheimrat. Mitglied des Reichsrats.

An diese Mitteilungen knüpfen wir die Feststellung, daß der unrichtige Satz in der Bekanntmachung des amtlichen preussischen Pressedienstes Wort für Wort zutreffend gewesen ist und aufrecht erhalten wird.

An das republikanische Volk.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien haben gemeinsame Forderungen für ein Gesetz zum Schutze der deutschen Republik und für politische Immunität aufgestellt. Die Forderungen sind beschränkt auf das Maß, das zur Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der Grundrechte des Volkes und zur endlichen Niederstämpfung der Vorherrschaft der monarchistischen und nationalistischen Parteigruppen unbedingt notwendig ist.

Die Massen des Volkes haben am Dienstag ihren Willen bekundet, in dem zur Errichtung dieses Gesetzes erforderlichen Kampf ihre ganzen Kräfte einzusetzen. Auch die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzuweichen. Sie wissen, was sie angeht, daß die herrschenden Gewalte der Arbeiterkraft und dem Volke schuldig sind. Das Volk muß sich entscheiden, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.

Zu diesem Zwecke rufen wir das gesamte arbeitende Volk und alle erkrankten und entschlossenen Republikaner im ganzen Reich hiermit auf,

am Dienstag, 4. Juli, wiederum die Arbeit am Nachmittag ruhen zu lassen und in geschlossenen Massen auf Straßen und Plätzen für unsere Forderungen zu demonstrieren.

Die örtlichen Leitungen der Gewerkschaften und der drei Arbeiterparteien haben gemeinsam die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieser wiederholten Kundgebung des Volkswillens zu treffen. Hierbei sind, um durch eine weitgehende Einheitsfront den Eindruck zu verstärken, die folgenden Richtlinien zu beachten:

Die Arbeitsruhe tritt überall mit dem Schluß der Vormittagsarbeit spätestens um ein Uhr ein. Die Delegierten der Betriebe gehen in geschlossenen Zügen nach den Demonstrationen. Am 3. Juli beginnen hier die Verhandlungen der örtlich zu bestimmenden Redner. Sie haben die von uns aufgestellten Forderungen an die Regierung und an den Reichstag zu verlesen und eine Abstimmung der Demonstranten über diese Forderungen herbeizuführen.

Unser Forderungen sind deshalb dringlich vorher in Massenauflagen drucken zu lassen und bei der Demonstration an jeder Mann zu verteilen. Ihr Inhalt muß in die weitesten Kreise des Volkes getragen werden.

Nach erfolgter Abstimmung sind die Demonstranten je nach den örtlichen Verhältnissen und Möglichkeiten in Marschzügen zu formieren, um an die öffentlichen Versammlungen streng geordneter Straßenzüge ansetzeln zu lassen. Die Ordnung der Straßenzüge obliegt den verantwortlichen örtlichen Leitungen. Durch Aufstellung zuverlässiger Vorhut in ausreichender Zahl ist die Garantie dafür zu schaffen, daß keine schädlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs eintreten.

Weiteres aus dem Mörderlager.

(Berlin, 3. Juli.) Bei dem Eigentümer des bekanntlich schon vor einigen Tagen von der Berliner Polizei beschlagnahmten Marbus, dem deutschpolitischen Fabrikanten Johannes Kludeweyer in Freiberg i. Sa., hat jetzt eine von schändlichen Weanton vorgenommenen Durchsuchung ein umfangreiches Waffen- und Munitionslager zutage gefördert. Es wurden gefunden: 2 Minenwerfer, 6 schwere Maschinengewehre, 4 leichte Maschinengewehre, 150 Gewehre, 30 Hülsen Munition und eine Telefoneneinrichtung. Alle diese Gegenstände waren in einen Schacht eingemauert. Kludeweyer, der nach Tirol flüchtete, ist dort verhaftet worden und wird durch die österreichischen Behörden ausgeliefert werden.

(Berlin, 3. Juli.) Am Sonnabend Abend wurde auf einem Gartengrundstück in Schmargendorf bei Berlin die Maschinenpistole aufgefunden, aus der die tödlichen Schüsse auf Mathieu abgegeben wurden. Die Waffe war noch geladen. Sie enthielt 2 Schuß, 9 Hülsen sind aufgefunden abgegeben worden. Im Laufe des Sonnabendnachmittags sind noch eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden, andere stehen noch bevor. Die maßgebenden Polizeistellen hoffen, daß es ihnen gelingen wird, in den nächsten Tagen auch die noch flüchtigen Mörder hinter Schloß und Riegel zu bringen.

(Weimar, 3. Juli.) Gausführungen und Verhaftungen bei Mitgliedern der Organisation O (Gowul) in Thüringen haben sehr wertvolle Aufschlüsse über das Material ergeben. Jeder den Inhalt derselben können nähere Angaben mit Rücksicht auf die Fortsetzung der Untersuchung noch nicht gemacht werden. Erwiesen ist aber auch ein enger Zusammenhang der thüringischen Organisation O mit Personen, die jetzt als Raubkammerführer festgehalten worden sind.

(Solzminde, 3. Juli.) Am gestrigen Tage ist in der Nähe von Solzminde in einem unterirdischen Versteck ein Koffer mit Waffen aufgefunden worden. Einzelheiten können von den zuständigen Stellen, um die Fortsetzung der Ermittlungen nicht zu erschweren, noch nicht mitgeteilt werden.

(Snaabrück, 3. Juli.) Am Sonnabend wurden hier der Leiter der Deutschen nationalen Volkspartei Fritz Froemberg, Fabrikdirektor Paul Meher, sowie Parteisekretär Landwehr wegen Weilsche in der Nordfische Erzberger verhaftet. Die polizeiliche Durchsuchung des Deutschen nationalen Parteibüros ergab schwerwiegendes Material.

Nach weiteren Mitteilungen sollen diese Personen an der Ermordung Erzbergers direkt beteiligt gewesen sein.

(Berlin, 3. Juli.) Der preussische Minister des Innern, General von Helldorf, hat am 3. Juli die Tagesblätter wegen seiner heftigen Schreibweise als freies auf drei Wochen verboten. Gleichzeitig hat der preussische Innenminister die Auflösung des Verbandes nationaler Arbeitervereine angeordnet.

Die Stilllegung des Straßenbahnbetriebes ist auf die Zeit von 1 bis 5 Uhr, die der Eisenbahnen, einschließlich Hochbahn, auf die Zeit von 3 bis 3 1/2 Uhr zu beschränken. In allen Fällen sind die zur Wiederaufnahme der Betriebe und im öffentlichen Interesse erforderlichen Vorarbeiten auch während der Arbeitsruhe zu verrichten.

Um 6 Uhr abends findet die gesamte Demonstration ihr Ende. Die Straßenzüge sind spätestens um 6 Uhr aufzulösen. Im Gehausbetriebe usw. ist um diese Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen, in Betrieben mit regelmäßiger Nachschicht zur üblichen Zeit.

Republikaner! Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Wir vertrauen darauf, daß ihr nicht nur in verstärkten Scharen an dieser wiederholten Volkskundgebung teilnehmen, sondern durch ernstes und würdiges Auftreten auch ihren Erfolg sichern werdet.

Sollt auch diese neue Demonstration des Volkswillens nicht zum schnelleren Ziele führen, so werden wir weitere Parolen folgen lassen.

Berlin, den 30. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart. Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
Auffhäuser. Eiß. Etzsch.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Braun. Wels.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Eckstein. Litzmann. Lebebour.

Kommunistische Partei Deutschlands:
Meyer. Koenen.

Zu diesem für die gesamte deutsche Öffentlichkeit bestimmten Bericht ist zu bemerken, daß die Form der Demonstration für Rühringen - Wilhelmshaven heute nachmittag durch die beruflichen Leitungen festgelegt und morgen in den Betrieben bekanntgegeben werden wird.

Bereits vor mehreren Tagen hat der Polizeipräsident von Berlin die vom Landtagsabgeordneten Richard Kunze herausgegebene Zeitung „Das deutsche Wochenblatt“ sowie „Die Fackel“, herausgegeben von Rudolf Siantz, beschlagnahmt. Nachdem jetzt das Gericht die Beschlagnahme bestätigt hat, sind vom Polizeipräsidenten die genannten Zeitungen auf Grund der Verurteilung zum Schutze der Republik auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

(Hamburg, 3. Juli.) Durch die Hamburger Behörden sind gestern zwanzig nationalsozialistische Vereine aufgeführt und verboten worden.

(Neuhof, 3. Juli.) Die Untersuchung gegen den deutschen Staatsangehörigen Peterken, der als blinder Passagier nach Neuhof kam und der an dem Abendessen gegen Aufkammer beteiligt sein bzw. von ihm Kenntnis gehabt haben soll, wird fortgesetzt. P. soll während des Krieges Flieger gewesen sein.

Vom Pariser Kongress.

Nach einer Pariser Meldung ist gestern in St. Etienne der Gewerkschaftskongress moskautischer Richtung geschlossen worden. In einer Schlusskundgebung sagte die radikalere Seite des Kongresses:

Die Kämpfe in Irland.

Nach einer Londoner Meldung haben sich die Dubliner Aufständischen in einem Häupteramt verschanzt. 50 von ihnen haben sich ergeben. Ein gelingendes Gefecht erfolgte 12 Tote.

Zur Lage in Oberschlesien.

Die Wolff heute meldet, daß es gestern vormittag in Döbeln eine neue Sicherung auf deutscher Seite waren ein Toter und drei Verwundete zu verzeichnen. Die in den letzten Tagen in Gletwick stattgefundenen Kämpfe wiesen sieben Tote und 15 Verwundete auf. Unter den Toten befindet sich ein französischer Offizier.

Der Streik der Berliner Buchdrucker.

Die Berliner Buchdrucker haben in einer außerordentlichen Generalversammlung am Sonnabend einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Buchdrucker fordern eine vollständige Vorkörperung von 300 Mark. Unabhängig davon, ob diese Forderung von den einzelnen Firmen bewilligt wird oder nicht, ist die Arbeit Sonnabend, mittags 12 Uhr, in sämtlichen Druckereibetrieben einzustellen.
2. Die Arbeit ist für ganz Berlin nach Bewilligung dieser Forderung nur geschlossen werden darf.
3. Die gesamte Arbeiterpresse ist ebenfalls stillzulegen. Es sei lediglich ein gewerkschaftliches Mitteilungsblatt zu erscheinen.

